

Von Reinold Herber

DIES IST DIE DEUTSCHE ERSTAUSGABE VON „Föderalismus“

„Föderalismus“ der drei Mal im Jahr erscheinenden Fachzeitschrift des Forums der Föderationen (siehe auch Innenseite des Umschlags). Gleichzeitig ist sie die erste Jubiläumsausgabe von „Föderalismus“, seit

die Zeitschrift im letzten Juni anders aufgebaut, umgestaltet und neu lanciert wurde. In diesem Jahr haben unsere Titelgeschichten:

- mitverfolgt wie Gouverneur Arnold Schwarzenegger in Kalifornien wichtige föderale Verantwortungen auf sich genommen hat,
- Indiens Wiederauferstehung und Vielfalt gefeiert und
- die Facetten und Faktoren analysiert, die es Cristina Fernandez ermöglicht haben, ihrem Mann im Amt des Präsidenten von Argentinien zu folgen.

Die Titelgeschichte dieser Ausgabe dreht sich um die – vor allem durch Entscheide des obersten Gerichtshofes hervorgerufene – Machterosion der sechs Staaten Australiens, und zeigt auf, wie sich Australiens konstituierende Einheiten zusammenschlossen haben, um ein weiteres Verfallen ihrer Autonomie zu verhindern.

Nach Ansicht von Prof. Anne Twomes hat der Wahlerfolg der Arbeiterpartei im November 2007 das Versprechen von dessen Anführer Kevin Rudd mit sich gebracht, zukünftig mit allen sechs – ebenfalls von Rudds Partei regierten – Gliedstaaten auf einer Basis des kooperativen Föderalismus zusammenzuarbeiten, und sich nicht mehr auf das „Schwarzer-Peter“- Spiel mit Canberra, Hauptstadt und Machtzitz der Commonwealth-Regierung, einzulassen.

Die Regierung Rudd, nach einer 11-jährigen Herrschaft John Howards Liberaler Partei an die Macht gekommen, hat sofort und entschieden gehandelt, indem sie im April 2008 einen Brainstorming-Gipfel abhielt, anlässlich dessen auch eine mögliche Neuverteilung der Kompetenzen im wohlhabenden Staat und weltweit kleinsten Kontinent diskutiert wurde.

Die Zeitschrift ist so aufgebaut, dass jede Ausgabe aus zwei Abschnitten besteht: der Abschnitt Neuigkeiten mit fünf oder sechs Beiträgen und der vertiefende Abschnitt, in dem ein Schwerpunkt-Thema mit Relevanz für gut ein halbes Dutzend föderale Länder vergleichend behandelt wird. Themen sind z. B. Vielfalt, Finanzen, Hochschulbildung oder Städte und Metropolregionen in föderalen Systemen.

Diese Ausgabe untersucht auch zwei eng miteinander verbundene Themen, Dezentralisierung und Regionalisierung, in fünf nicht-föderalen Ländern – drei südamerikanischen und je einem asiatischen und nordafrikanischen. Dass solche Beiträge in diese Ausgabe Einlass finden, stellt einen ungewöhnlichen Bruch mit unserem sonst ausschließlichen Fokus auf Föderationen dar. (Mehr zum thematischen Abschnitt in der Einführung auf Seite 10.)

Damit in föderalen Ländern der Staat reibungslos funktionieren kann, brauchen die Schaltstellen intergouvernementaler Beziehungen ein gewisses Maß an Koordination und steter Aufmerksamkeit.

In Nigeria jedoch ging bei der Koordination zwischen dem Gliedstaat Cross River und der Bundesregierung einiges schief, als ersterer sich an den Bau eines 400 Millionen US-Dollar teuren Business-Hotel-Shopping-Komplexes mit integrierter Freihandelszone machte, das gutesituierte Nigerianer dazu veranlassen sollte, ihr Einkommen in der Heimat auszugeben.

Der langjährige nigerianische Polit-Journalist Dejo Olatoye gibt wieder, wie das erst kürzlich fertig gestellte Megaprojekt zu einer dahinsiechenden Geisterstadt wurde, da der Gliedstaat Cross River nach wie vor auf die Erlaubnis der Bundesregierung wartet, endlich die Freihandelszone in Betrieb nehmen zu können.

Weitere Themen sind die nächste Phase des irakischen Föderalismusversuches, Dezentralisierungsbemühungen in Spanien, Kanadas immer besser werdende Binnenhandelsmaßnahmen und ein aufschlussreicher Blick auf Mexikos Lokalbehörden und die Herausforderungen, denen sie sich in den Augen des Senators (und ehemaligen Bürgermeisters) Ramon Galindo Noriega zu stellen haben.

KURZINFORMATIONEN

Schweizer lehnen Einbürgerungsinitiative ab

Mit 64 % Neinstimmen haben die Schweizer Stimmbürger eine Volksinitiative zur erschwerten Einbürgerung abgelehnt.

An der Abstimmung vom 1. Juni wurde eine Initiative der nationalistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) abgelehnt, die vorsah, das Recht der Bürger einer Gemeinde wiederherzustellen, den endgültigen Entscheid über ein Einbürgerungsgesuch zu fällen. Alle Kantone außer Schwyz, dem Herzstück des Schweizer Konservativismus, lehnten die Volksinitiative ab.

Gemäß Schweizer Recht konnten die Gemeinden bisher in Versammlungen entscheiden, wer das Schweizer Bürgerrecht erhält und wer nicht. Das Bundesgericht erklärte jedoch diese Praxis als nicht vereinbar mit der Bundesverfassung, da ein negativer Entscheid nicht begründet werden musste und somit auch keine Möglichkeit bestand, dagegen vorzugehen. Dieser Entscheid hat die SVP und ihre Volksinitiative auf den Plan gerufen.

Um sich um das Schweizer Bürgerrecht zu bewerben, muss ein Einwanderer seit mindestens 12 Jahren in der Schweiz leben und mindestens eine der drei Amtssprachen sprechen.

Sieben nigerianische Gliedstaaten verklagen die Zentralregierung wegen Ölrevenuen

Sieben der 36 nigerianischen Gliedstaaten verlangen von der Zentralregierung eine Rückerstattung in Höhe von etwa 546 Milliarden Naira (4,7 Milliarden USD). Im Mai haben die Gliedstaaten bei Nigerias Höchstem Gericht Klage eingereicht mit der Begründung, dass dieser Betrag ihrem rechtmäßigen Anteil an nichtverteilten Geldern zwischen 2004 und 2007 entspräche.

Von den umstrittenen Geldern behaupten die Gliedstaaten, die Zentralregierung hätte sie widerrechtlich vom dem als „Föderations-Konto“ bekannten – und hauptsächlich mit Ölrevenuen gespeisten – gemeinsamen Topf abgezweigt.

Angeblich wurden der Generalstaatsanwalt und der Justizminister von Präsident Umaru Yat'Adua angewiesen, einen außergerichtlichen Vergleich mit den Gouverneuren vorzubereiten.

Die klagenden Gliedstaaten sind Abia, Bauchi, Benue, Niger, Ogun, Oyo und Osun.

Nepal vor Entscheidung über präsidiale Kompetenzen

Am 28. Mai die Monarchie abzuschaffen war für Nepal ein kinderleichter Akt im Vergleich zu der jetzigen Aufgabe, über die Kompetenzen des neu geschaffenen Postens des Präsidenten zu entscheiden.

Die neu gewählte Verfassungsgebende Versammlung ist dabei, eine Verfassung für die neue Republik zu entwerfen. Dabei sind die Abschnitte über die Kompetenzen des Präsidenten höchst umstritten. Die Maoisten, die die meisten Sitze in der 601-köpfigen Versammlung gewonnen haben, wollen eine Präsidentschaft mit ausgebauten „politischen“ Kompetenzen, ähnlich dem US-amerikanischen Modell. Die anderen Parteien wollen dem Präsidenten nur repräsentative Aufgaben zuordnen (wie in Deutschland, Österreich oder der Schweiz), der nur das Parlament auflösen kann, wenn eine Misstrauensabstimmung der Regierung verloren gegangen ist.